

Oskar Weggel

Die antichinesischen Übergriffe in Indonesien entwickeln sich in China zur innenpolitischen Affäre

1 Verzögertes Echo auf die Mai-Ereignisse in Indonesien

Bereits im Mai, und zwar zwischen dem 12. und dem 15. des Monats, war es in Indonesien zu Übergriffen gegen Auslandschinesen gekommen, bei denen rund 4.000 Läden oder Häuser von Huaren geplündert und – nach Schätzungen indonesischer Menschenrechtsgruppierungen – rund 1.200 Menschen getötet wurden, darunter zahlreiche Chinesen. Unter den Opfern waren auch 168 Fälle von Vergewaltigung und sexueller Belästigung, von denen sich wiederum 152 im Bereich von Jakarta zugetragen haben. Von diesen 152 Opfern waren 26 vergewaltigt und gefoltert, 9 vergewaltigt und anschließend mit Benzin übergossen und angezündet worden.¹ Unter den letztgenannten Opfern befanden sich auch Frauen aus der Huaren-Gruppe, ohne daß ihre Zahl allerdings präzise hätte benannt werden können.

Obwohl Bilder von den Plünderungen über die Fernschirme in aller Welt gelaufen waren, hatte es erstaunlicherweise kaum Proteste von außen gegeben.

Erst mit drei Monaten Verspätung kam es dann unter Auslandschinesen zu empörten Demonstrationen, sei es nun in New York, Singapur, Manila, Kuala Lumpur, Hongkong oder Taibei. Nun begann auch das Internet sein Werk zu verrichten, insofern der Funke nämlich auch auf die Studentenschaft der VR China übersprang – und dort sogleich einen Flächenbrand der Empörung auslöste: Es kam zu Protestumzügen, vor allem am 17. August, dem indonesischen Nationalfeiertag, die zur indonesischen Botschaft in Beijing führten.

Zu diesem Zweck hatten die Studenten bei den Beijinger Behörden einen Demonstrationszug für den 17. August beantragt, doch war der Antrag von der Polizei zurückgewiesen worden, und zwar mit der obskuren Begründung, daß Störungen des öffentlichen Verkehrs und der öffentlichen Ordnung vermieden werden sollten.²

Die Studenten dachten jedoch gar nicht daran, sich an diesen Bescheid zu halten, sondern verfaßten einen Protestbrief, der u.a. auch verstärkten Schutz für die Landsleute in Indonesien verlangte, und sammelten außerdem 1.500 Unterschriften von Kommilitonen. Gleichzeitig brachten sie auf dem Campus der Beida Aushänge aus, auf denen die studentische Öffentlichkeit über die Vorgänge in Indonesien informiert wurde und auf denen gleichzeitig auch die Schutzforderungen formuliert wurden. Auf einer der Wandzeitungen hieß es: „Die ganze Welt ist schockiert. All diejenigen in der Welt, die den Frieden lieben, für Gerechtigkeit eintreten und sich noch ein gesundes Bewußtsein bewahrt haben, sind schockiert.“ Das Vorgehen gegen die Landsleute in Indonesien sei „unhuman“ und „barbarisch“ gewesen.³

Noch am gleichen Tag zogen mehr als 100 Studenten unter Mißachtung der polizeilichen Verfügung vor die indonesische Botschaft in Beijing und protestierten dort gegen die „brutalen Übergriffe auf die Chinesen in Indonesien“. Die Polizei schritt jedoch ein und hinderte die Studenten daran, das umzäunte Gelände der Botschaft zu betreten. Nach langen Diskussionen erlaubte sie vier Studenten, sich mit einem Parlamentär der Botschaft in Verbindung zu setzen und ihm Dokumente sowie ein T-Shirt auszuhändigen, auf dem zu lesen war: „Protest gegen die Gewalt, Strafe für die Mörder“. Die Vier wollten auch wissen, was Indonesien zum Schutz der ethnischen Chinesen zu tun gedenke. Als die Vier wieder aus der indonesischen Botschaft herauskamen, brachen die hundert außen wartenden – und von der Polizei zurückgehaltenen – Kommilitonen in lautes Jubelgeschrei aus. Anschließend entfalteten sie ein Stoffbanner, auf dem in Englisch zu lesen war: „All things to be answered for“. Möglicherweise wollten sie damit auch ihre eigene Regierung daran erinnern, daß sie sich bisher zu passiv verhalten habe und endlich Antworten auf jene Fragen erteilen sollte, die inzwischen – drei Monate nach den Zwischenfällen von Jakarta – aufgetaucht waren. Die Polizei schien diese Andeutung auch spontan zu verstehen, da sie das Spruchband auf der Stelle herunterriß und in Gewahrsam nahm. Gleichzeitig hielt sie anwesende Journalisten davon ab, mit den Demonstranten zu sprechen.

Als wenige Stunden später eine weitere Beida-Delegation mit rund 25 Studenten vor der Botschaft auftauchte, wurde sie von der Polizei am weiteren Vormarsch gehindert. Offensichtlich hatte die Regierung zwischenzeitlich ein weiteres Demonstrationsverbot erlassen, um zu verhindern, daß die Proteste am Ende auch noch in regierungsfeindliche Demonstrationen umschlugen.⁴

Mit ihrer Abwiegung schütteten die Behörden freilich nur Öl ins Feuer. Am nächsten Tag versammelten sich rund 60 Frauen in einem Beijinger Hotel und protestierten ebenfalls gegen die Vorgänge in Jakarta. „Als Frauen können wir nicht länger schweigen“, sagte Guo Yanqiu, eine Journalistin der regierungseigenen *Zhongguo Funü Bao* (d.h. der „Chinesischen Frauenzeitung“). Guo behauptete, daß in den Maitagen in Jakarta 468 Huaren-Frauen im Alter zwischen 10 und 50 Jahren vergewaltigt worden seien.⁵ Auch Angehörige der *Zhigong Dang*, einer der sog. „Acht

¹AWSJ, 16.7.98.

²SCMP, 17.8.98.

³SCMP, 17.8.98.

⁴SCMP, 18.8.98.

⁵Ebd.

demokratischen Parteien“, protestierten gegen Jakarta.⁶ Indirekt nahmen sie mit solchen Protesten ebenfalls die eigene Regierung und ihre Passivität aufs Korn. Allerdings wagten nur die Studenten, diese Absicht offen auszusprechen. Auf Plakaten, die innerhalb des Beida-Campus angeschlagen worden waren, hatten die Ankläger nämlich auch von der „kalten Indifferenz“ der chinesischen Behörden gesprochen.⁷

Zwar hatte Außenminister Tang Jiaxuan bereits 14 Tage vor diesen Protestkundgebungen, nämlich am 3. August, eine „Erklärung über Chinas Position hinsichtlich der jüngsten Ereignisse in Indonesien“ abgegeben, doch hatten die Studenten diese Erklärung als „viel zu weich“ empfunden – und eine Art Nachbesserung gefordert, die allerdings nicht erfolgte.⁸

2 Wie erklärt sich das lange Zuwarten der chinesischen Regierung?

Drei Gründe dürften es vor allem gewesen sein, die Zurückhaltung haben ratsam erscheinen lassen, nämlich (1) die grundsätzliche Abneigung der chinesischen Regierung gegen „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ anderer Staaten, (2) die Angst vor einer erneuten Verschlechterung der chinesisch-indonesischen Beziehungen und (3) die Furcht vor innenpolitischen Unruhen. Im einzelnen:

- ABLEHNUNG JEDLICHER „EINMISCHUNG IN INNERE ANGELEGENHEITEN“: Schockiert durch Jahrzehnte des „Halbkolonialismus“ ist den Chinesen die *Einmischungsfreiheit* zu einer der wichtigsten außenpolitischen Maximen geworden. Ganz auf dieser Linie der Hypersensibilität hatte die Volksrepublik 1954 zusammen mit Indien und Birma die „Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz“ aus der Taufe gehoben, bei denen es vor allem um *eines*, nämlich um Souveränität und um „gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten“ (*hu bu ganshe neizheng*) ging.⁹ Bei der Bandung-Konferenz von 1955, die vom damaligen indonesischen Staatspräsidenten Sukarno hauptsächlich inszeniert worden war, hatten diese „Fünf Prinzipien“ eine feierliche Neubestätigung erfahren, und zwar in Form der „Zehn Prinzipien von Bandung“.

Kein Wunder, daß in Fragen der Nichteinmischung vor allem der Republik Indonesien gegenüber besondere Sensibilität besteht. Die Beijinger Regierung ist hier gleichsam ein Opfer ihrer eigenen Prinzipien – und Erinnerungen! – geworden.

- ANGST VOR EINER ERNEUTEN VERSCHLECHTERUNG DER CHINESISCH-INDONESISCHEN BEZIEHUNGEN: Indonesien war der erste asiatische Staat, mit dem die VR China diplomatische Beziehungen aufgenommen

hatte, und zwar schon im Januar 1950.¹⁰ 1955 hatte Zhou Enlai an der erwähnten Bandung-Konferenz teilgenommen. Seit dieser Zeit hatten sich enge Beziehungen zwischen dem Indonesien Sukarnos und der VR China entwickelt – und zwar im Zeichen gemeinsamer revolutionärer Sympathien. Die Regierung in Beijing, die in Indonesien schon früh den Schlüsselstaat Südostasiens erkannt zu haben glaubte, beschloß, sich mit diesem Partner in allen außenpolitischen Zielen abzustimmen und dabei – bis zu einer gewissen Toleranzgrenze – auch momentane Rückschläge in Kauf zu nehmen, mit denen ja angesichts der Quecksilbrigkeit der damaligen Sukarno-Führung stets zu rechnen war. Den wichtigsten Ansatzpunkt für außenpolitische Gemeinsamkeiten bildete zunächst der Kampf Indonesiens gegen die Niederländer und Briten, in wachsendem Maße aber auch gegen die amerikanische Präsenz in Südostasien. In Verfolgung seiner „antiimperialistischen“ Ziele entwickelte Sukarno 1963 eine auch von Beijing begrüßte Zwei-Lager-Strategie, die den Kampf der NEFOS (New Emerging Forces) unter der Führung Indonesiens gegen die OLDEFOS (Old Established Forces) postulierte. Ganz auf dieser Linie unterschrieb Beijing den Plan Sukarnos zur Gründung einer CONEFO (Conference of the New Emerging Forces), einer Art Gegen-UNO, sowie der GANEFO-Spiele, einer Gegenveranstaltung der Dritten Welt zu den Olympischen Spielen.

Als Sukarno zwischen 1963 und 1965 seine „Konfrontationspolitik“ gegen die im September 1963 gegründete Föderation Malaysia begann und dabei sogleich auf den Widerstand der USA und Großbritanniens stieß, konnte er sich ganz auf seine neuen chinesischen Freunde verlassen.

Die neuentstandene Achse Beijing-Jakarta mußte der indonesischen Führung um so willkommener sein, als auch die größte südostasiatische KP, nämlich die von Aidit angeführte PKI, fast deckungsgleich mit Sukarno argumentierte und agierte. Zwischen PKI, Präsidentenam und der chinesischen Botschaft in Jakarta entwickelte sich damals ein Dreiecksbündnis, das von den antikommunistischen Kräften des Landes, an deren Spitze damals bereits Suharto stand, als Zentrum einer Verschwörung verdächtigt wurde. Ganz auf dieser Linie schlugen die Antikommunisten gegen ein angebliches Komplott der PKI im September 1965 zu und sorgten dafür, daß Hunderttausende von Kommunisten hingerichtet, die PKI zerschlagen, Sukarno von der Macht abgedrängt, die diplomatischen Beziehungen zu Beijing suspendiert und im übrigen auch viele persönliche Rechnungen mit den Huaren „beglichen“ wurden.

Auch wenn Suharto selbst gute persönliche Beziehungen zu einigen führenden auslandschinesischen Unternehmern unterhielt, kamen damals doch Zehntausende von Huaren unter die Räder, wobei sie häufig als „Kommunisten“ verdächtigt wurden.

⁶SCMP, 15.8.98.

⁷SCMP, 13.8.98.

⁸SCMP, 5.8.98.

⁹Näheres dazu C.a., 1998/6, S.615.

¹⁰Daran erinnert auch die *Volkszeitung* immer wieder, so z.B. RM-RB, 4.7.90.

Zwischen Jakarta und Beijing gingen damals für ein ganzes Vierteljahrhundert die Lichter aus. Erst 1989 erfolgten dann wieder Annäherungsgespräche,¹¹ bei denen sich Beijing erstaunlich kleinlaut gab, weil es damals – im Gefolge des „Tiananmen-Massakers“ vom Juni 1989 – überall in der westlichen Welt boykottiert wurde und nun darauf angewiesen war, wenigstens in Asien wieder diplomatisch Oberwasser zu gewinnen. Nur weil die chinesische Seite sich als nachgiebig erwies, bei der Frage der Rückzahlung indonesischer Schulden nachgab und auf die Wiedereröffnung chinesischsprachiger Schulen in Indonesien verzichtete kam es zur verhältnismäßig raschen Einigung – und zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen am 8. August 1990.¹²

Die Mai-Ereignisse in Jakarta haben Beijing vor die Frage gestellt, ob es auf den Schutz der Huaren pochen oder ob es im Interesse guter gegenseitiger Beziehungen nicht eher schweigen sollte. Drei Monate lang hatte es mit der zweiten Alternative erfolgreich gespielt, bis die Ereignisse vom August eine Wendung erzwingen.

• FURCHT VOR INNENPOLITISCHEN UNRUHEN:

Immer wieder hat Beijing in den vergangenen Jahren erfahren müssen, daß Proteste aus außenpolitischen Anlässen schnell dazu neigen, ihre Stoßrichtung zu ändern und in regierungsfeindliche Bekundungen umzuschlagen. Dies war bei den antijapanischen Kundgebungen von 1987 der Fall gewesen und hätte sich um ein Haar auch bei den erneuten Kundgebungen gegen Tokyo im Zusammenhang mit der Diaoyutai-Insel vom September 1996 wiederholt. Die Behörden glaubten daher, die eigenen Landsleute davon abhalten zu müssen, sich an den antijapanischen Demonstrationen der Hongkonger und Taiwaner Landsleute vor Diaoyutai zu beteiligen.¹³

Auch die Entfaltung der antiindonesischen Demonstrationen vom August 1998 ließ bei der Regierung die Furcht aufkommen, daß sich am Ende der Spieß umdrehen und sich gegen die Behörden richten würde. Ohnehin hat die Regierung beobachten müssen, daß „aufmüpfige Elemente“ von den Freiräumen, die sich in der VR China vor allem seit 1992 geöffnet haben und die durch die Unterzeichnung der Konvention über bürgerliche Freiheiten durch die VR China am 5.10.98 noch gefördert wurden, immer „maßloser“ Gebrauch machen. So ist es beispielsweise im August nicht nur zu antiindonesischen Kampagnen, sondern auch zu Demonstrationen gegen das Geldinstitut Xinguoda Futures Co. gekommen, und zwar unter dem Vorwurf, daß diese Firma Anleger betrogen habe. Bezeichnenderweise schwiegen die chinesischen Presseorgane zu diesen Protesten, so daß nur die ausländische Berichterstattung hier etwas Licht ins Dunkel bringen konnte.¹⁴

3 „Spät und halbherzig“ – die Proteste der Regierung und ihre Wirkung

Wie oben erwähnt, hat das Außenministerium erst mit zwei Monaten Verspätung gegen die Vorgänge in Jakarta protestiert und bei der indonesischen Regierung verstärkten Schutz für die Huaren eingefordert.

Indonesien reagierte darauf erstaunlich positiv – und verständnisvoll. Bereits am 15. Juli hatte ABRI, die indonesische Armee, sieben Mitglieder einer Sonderorganisation verhaftet, die beschuldigt wurde, bei den Mai-Unruhen eine Reihe von Menschenrechtsaktivisten verschleppt zu haben. Vor allem der starke Mann der ABRI, General Wiranto, versprach eine Politik strenger Nachforschungen. Man wolle herausbekommen, wer die Hintermänner für die damaligen Übergriffe gewesen seien.¹⁵ Der neue indonesische Präsident Habibie, der in die Spuren des zurückgetretenen Suharto getreten war, bezeichnete die Übergriffe vom Mai als „tiefe Schandé“ und als „eines der unmenschlichsten Ereignisse in der indonesischen Geschichte“. Indonesien werde ein Sonderkomitee einsetzen, das den Verbrechen nachgehen solle.¹⁶ Habibie wiederholte sein Bedauern in einer Grundsatzrede vom 15. August 1998, mit der er das indonesische Verhältnis zu den Auslandschinesen kommentierte und in diesem Zusammenhang häufig die Begriffe „friedliche Koexistenz“ und „Dialog“ gebrauchte. Außerdem sprach er bei dieser Rede von „*tionghoa*“ (entsprechend dem chinesischen *zhonghua*), anstelle des abwertenden Begriffes „*Cina*“.¹⁷ Der Begriff *Cina* war seit 1967, also im Zusammenhang mit dem damaligen Aufstieg Suhartos zum Präsidenten, eingeführt worden, und zwar als Begleitelement einer Politik, die versuchte, die chinesische Sprache und Kultur aus Indonesien zu verdrängen. Bei den oben erwähnten Gesprächen zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen 1989 und 1990 war auch die Wiedereinführung chinesischsprachiger Schulen erörtert, von der indonesischen Seite aber entschieden abgelehnt worden.

Mit der Verwendung des alten Begriffes *tionghoa* ist Habibie den Auslandschinesen wenigstens verbal ein kleines Stück entgegengekommen. Ob dies allerdings den schwellenden Haß vieler Pribumi gegen die wohlhabenden Chinesen beseitigen kann (3% Huaren kontrollieren in Indonesien rund 70% des umlaufenden Kapitals), ist eine Frage, die auf einem anderen Blatt steht.

¹¹Dazu C.a., 1990/7, S.528 f.

¹²Dazu XNA, 4.6.90.

¹³Dazu C.a., 1996/9, Ü 1.

¹⁴AWSJ, 14.-15.8.98.

¹⁵AWSJ, 15.7.98; XNA, 29.7.98.

¹⁶XNA, 29.7.98.

¹⁷SCMP, 17.8.98.